



© stockadobe.com - Maksym / KI-generiert

POSITIONSPAPIER

Verteidigungswirtschaft: Bedeutung für den Standort

Positionspapier der IHK Chemnitz zur Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft als standortpolitischer Faktor

Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft als Standortfaktor

Die umfassende Neuausrichtung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und das außergewöhnlich große Investitionspaket zur Finanzierung der Verteidigungsausgaben – konkret der Verteidigungsausgaben oberhalb von 1% des BIP bis hin zu 5% jährlich – markieren eine bedeutende Chance für die Entwicklung neuer Geschäftsfelder, neuer Technologien und der Sicherung und Entwicklung von Wertschöpfung. Es ist daher für die sächsische Wirtschaft, und im Besonderen für die Industrieregion Südwestsachsen, von strategischer Bedeutung, künftig in deutlich höheren Maß an diesen Investitionen beteiligt zu werden als bisher.

Südwestsachsen verfügt über traditionsreiche Industriekerne in Maschinenbau, Fahrzeugbau, Werkstofftechnik, Mikroelektronik, Sensorik und Spezialtextilien – allesamt Schlüsselbereiche, die direkt und indirekt für sicherheits- und verteidigungsnahe Anwendungen relevant sind. Diese etablierte industrielle Basis sowie die dichte Forschungslandschaft schaffen gute Voraussetzungen, damit die Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft ein wichtiges Standbein für die regionale Wirtschaft werden kann.

Gerade angesichts des laufenden Strukturwandels – etwa durch den Transformationsdruck in Automobilindustrie und Zuliefererstrukturen – muss es Ziel der Wirtschafts- und Standortpolitik sein, dass die Region Südwestsachsen maßgeblich vom angestrebten Wachstum der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft profitiert. Die gezielte Ansiedlung und Einbindung bestehender Unternehmen in diese Wertschöpfungsketten trägt entscheidend zur Zukunftssicherung der industriellen Kerne bei und hilft, den Standort in einem zunehmend instabilen globalen Umfeld zu sichern.

Es gilt daher, die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen aktiv so zu gestalten, dass Bundesaufträge, Investitionen und Förderprogramme der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft verstärkt auch nach Südwestsachsen gelenkt werden – zum Vorteil der dort tätigen Unternehmen, der Infrastruktur, der Ausbildungs- und Fachkräftesicherung und der gesamten Region.

Die Industrie- und Handelskammer Chemnitz wird sich im Interesse ihrer Mitgliedsunternehmen selbst – und wo nötig im Verbund mit ihren Schwesterkammern – für eine entsprechende Interessenvertretung im Sinne der o.g. Ziele engagieren. Sie wird sich ferner beratend und unterstützend für ihre Mitgliedsunternehmen einsetzen.

I. Infrastruktur als Grundvoraussetzung für Wachstum und Sicherheit

Der Erhalt und der Ausbau einer zeitgemäßen, belastbaren und somit wettbewerbsfähigen Infrastruktur ist für die nachhaltige Entwicklung einer regionalen Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft entscheidend – sie schafft Voraussetzungen für Innovation, Produktion und Resilienz auch in Krisenzeiten. Im Einzelnen fordert die IHK Chemnitz:

1. Ausbau verkehrlicher Infrastruktur

- **Verkehrswege stärken:** Leistungsfähige Autobahnen, sanierte Brücken und durchgehend elektrifizierte Schienenverbindungen sind notwendig, um Material- und Personenströme auch im Krisenfall sicherzustellen.
- **Güterverkehr und Anbindung:** Ausbau von Logistikzentren, Frachthubs und Bahnterminals zur Versorgung militärischer und ziviler sicherheitsrelevanter Standorte und Unternehmen.

2. Flächen und Gewerbegebiete

- **Bereitstellung von Industrie- und Forschungsflächen:** Mittelfristig müssen Flächen mit entsprechender technischer Grundausstattung vorgehalten werden, um Unternehmen und Start-ups eine schnelle und unkomplizierte Ansiedlung zu ermöglichen.
- **Nachhaltigkeitsaspekte:** Infrastrukturprojekte sind mit resilienten Energie- und Versorgungskonzepten (z. B. Notstrom, Wasser -und Energieversorgung, Cybersicherheit) zu planen.

3. Digitale Infrastruktur und IT-Sicherheit

- **Gigabitfähige Netze:** Flächendeckender Ausbau von Glasfaser und 5G/6G in allen Gewerbeparks, Forschungszentren und strategischen Standorten.
- **Cyber-Resilienz:** Aufbau und Förderung von Cyber-Abwehrzentren, um kritische Infrastrukturen und Unternehmen zu schützen.

II. Politische und wirtschaftliche Impulse zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft in Sachsen

1. Strukturpolitische Rahmensetzung und Kommunikation

Der Sektor der Verteidigungswirtschaft muss strukturpolitisch zur Zielbranche der sächsischen und regionalen Wirtschafts- und Innovationspolitik definiert werden. Seine Bedeutung für Sicherung von Wertschöpfung, Wettbewerbsfähigkeit, aber auch für Wohlstand und Sicherheit muss seitens der sächsischen Politik öffentlich hervorgehoben werden.

2. Gezielte Investitionslenkung

Ein angemessener Teil der Bundesinvestitionen in die Verteidigungswirtschaft muss nach Sachsen gelenkt werden – sowohl bei wehrtechnischen Entscheidungen

(Vergaben und Aufträge, Ansiedlungsunterstützung) als auch im Bereich der infrastrukturellen und logistischen Investitionen (u.a. Straßen, Schienen, Brücken, Krankenhäuser, Einrichtungen zum Zivilschutz, Munitionslager/Logistikzentren, Ausbildungseinrichtungen, Kasernen, Kommunikation, etc.).

3. Diskriminierungsfreier Zugang zu Vergaben

Öffnung der Vergabeverfahren des Beschaffungsamtes der Bundeswehr im Interesse vereinfachter oder erweiterter Zugangskriterien, sodass auch Anbieter mit einschlägigem Knowhow, aber geringerer Branchenerfahrung eine faire Chance bekommen.

4. Beschleunigte Verfahren

Bürokratische Hürden bei Genehmigung, Flächenbereitstellung, Bau und Export müssen abgebaut werden – Vorbild sind internationale „Best Practices“.

5. Stärkung regionaler Lieferketten

Zur Förderung der Resilienz müssen Hochtechnologie-Lieferketten und strategische Zulieferungen im Freistaat ausgebaut und gefestigt werden.

6. Wirtschaft-Forschung-Bundeswehr-Kooperation

Schaffung regionaler Kooperationszentren, die staatliche Institutionen, militärische Bedarfsträger und mittelständische Industrie zusammenbringen

7. Forschungslandschaften und Technologietransfer

Bündelung von Kompetenzen durch regionale Innovationsnetzwerke, Technologiezentren und Hochschulverbünde – u.a. mit Fokus auf Robotik, KI, Sensorik, Werkstoffe und autonom agierende Systeme. Förderung von Schnittstellenprojekten, die zivile und militärische Anwendungen verbinden. Zurückdrängung von Zivilklauseln an staatlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen.